

Europas Wert und Reichtum liegt in seiner Vielfalt

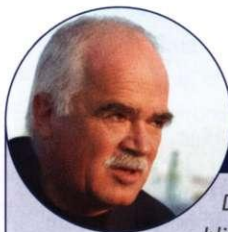
Das Jahr 2014 wird geprägt sein von der Erinnerung an einen für Europa entscheidenden Einschnitt: vor hundert Jahren brach der erste Weltkrieg aus. Vor diesem schrecklichen Hintergrund wissen wir, welch ein Segen die Friedensordnung der Europäischen Union ist. Von der EU selbst, ihren Institutionen und ihrer Politik aber lässt sich dies nicht sagen. „Die EU muss sich in Gänge verändern“ betont Martin Schulz, der deutsche Präsident des Europaparlaments. Die Währungsunion muss kritisch überprüft und neu geordnet werden. Der permanente Rechtsbruch muss ein Ende haben, die gemeinsamen Spielregeln, insbesondere die Konvergenzkriterien, müssen stringenter eingehalten werden. Eine Schuldenunion – Schulden auf Kosten der europäischen Partner – darf es nicht geben. Sie würde alle Reformanstrengungen der Schuldner sofort beenden. Austritte aus der Eurozone müssen möglich sein, um den Weg in die Wettbewerbsfähigkeit zu erleichtern. Das „sanfte Monster Brüssel“ (Hans Magnus Enzensberger) muss gebändigt werden – die Europäische Kommission samt ihrer Verwaltung. Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit werden gerade auch durch die Kommission gefährdet – durch Überregulierungs-, Verbots- und Vorschriftenwahn. Ein erster Schritt wäre eine Halbierung der Zahl der Kommissare. Die Kompetenzen, welche die Zentrale an sich gezogen hat, müssen überprüft und gegebenenfalls rückgeführt werden: Europa hat sich auf die Probleme zu konzentrieren, die nur auf europäischer Ebene gelöst werden können. Das Argument der Binnenmarktrelevanz darf nicht länger als Blankoscheck für überzogene Detailregulierungen und Kontrollverfahren missbraucht werden. Was Mitgliedsstaaten, Länder oder Regionen besser meistern können, muss in ihrer Verantwortung bleiben oder auf sie zurückübertragen werden.

Menschen größeren Einfluss geben

Die zunehmende Skepsis der Menschen in Europa gegenüber dem europäischen Einigungsprozess erklärt

sich auch daraus, dass er weitgehend ohne Beteiligung der Bevölkerung vorangetrieben worden ist. Um die Menschen für Europa zu gewinnen und ihnen neues Vertrauen in die Europäische Union und in die europäische Idee zu geben, muss der Wille des Volkes in der Europaunion ein neues, demokratisches Gewicht bekommen. Deshalb ist es notwendig, den Menschen in Europa einen größeren Einfluss auf die europäischen Gesetzgebungsprozesse zu geben. Die Bürger sollten in einer Volksabstimmung Gehör finden, wenn es darum geht, wesentliche Kompetenzen auf die europäische Ebene zu übertragen, die Gemeinschaft um weitere Mitglieder zu erweitern oder finanziell belastende Beschlüsse zu fassen.

Europas Wert und Reichtum liegt in seiner Vielfalt und in der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit, die seine Staaten heute in gemeinsamer Anstrengung ihren Menschen sichern – als historischen Gewinn für seine Bürger und als Beispiel für die Welt. Dies zu sichern, ist Sinn und Auftrag der Europäischen Union, vor allem für die Zukunft.



Dr. Peter Gauweiler MdB

Der Rechtsanwalt und freie Publizist Dr. Gauweiler ist seit 1968 Mitglied der CSU. 1972 wurde er jüngster Stadtrat der Landeshauptstadt München. Von 1990 bis 1994 war er bayerischer Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen. Erstmals zog Gauweiler bei der Wahl zum Deutschen Bundestag im Jahre 2002 als direkt gewählter Abgeordneter in den Bundestag ein. Seither wurde der Wahlkreis München-Süd von ihm stets gewonnen. Auf dem vergangenen Landesparteitag der CSU wurde er zu einem der vier stellvertretenden Parteivorsitzenden der CSU gewählt.